

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Fritz Kuhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/3547 –**

Fahrplan zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten nach der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 11. August 2006

A. Problem

Nach wie vor erschüttern Gewalt und Gegengewalt den Nahen Osten. Mit der UNIFIL-Mission zur Sicherung der Waffenruhe zwischen der Hisbollah und Israel sowie zur Stabilisierung des Libanon ergibt sich die Chance auf eine neue Verständigung in der Region. Die internationale Gemeinschaft muss hier zu neuen politischen Initiativen finden und damit einen umfassenden Friedensprozess in Gang setzen. Hierzu sollten die bisherigen Instrumente und Pläne zur Lösung des zentralen Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern wiederbelebt und erweitert werden. Sinnvoll erscheint in diesem Zusammenhang eine Reaktivierung des bisherigen Nahostquartetts, aber auch der Dialog mit den für den Friedensprozess zentralen arabischen Staaten ist notwendig. Unabdingbar sind direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, die Umsetzung von Prinzipien der Roadmap sowie eine konsequente Stabilisierung des Libanon.

Erschwert wird eine Lösung durch den Konflikt um das iranische Atomprogramm. Um gravierende Gefahren für die regionale Sicherheit zu verhindern, muss die internationale Gemeinschaft auf dem Verhandlungsweg größte Anstrengungen unternehmen, damit der Iran sein Atomprogramm unter internationale Kontrolle stellt. Grundbedingung für eine neue Perspektive im Nahen Osten ist eine entschlossene und multilaterale Diplomatie.

Die Antragsteller sehen die Bundesregierung in der Verantwortung, aufgrund der Teilnahme im Rahmen der UNIFIL-Mission eine rasche internationale Abstimmung über Möglichkeiten zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses anzustoßen. Auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und der G8-Vorsitz müssten zur Entwicklung und Umsetzung eines politischen Fahrplans für den Friedensprozess in der Region sowie einer Zweistaatenlösung genutzt werden.

Eine Einbindung Syriens als Schlüsselstaat im regionalen Prozess sei aktiv voranzutreiben. Insbesondere gegenüber den USA solle die Bundesregierung sich für ein Ende der Isolationspolitik einsetzen. Eine Wiederaufnahme der syrisch-israelischen Verhandlungen müsse unterstützt werden.

Notwendig seien darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Stabilisierung des Libanon, um den Erfolg der Resolution 1701 (2006) zu sichern, sowie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten Region. Die Bundesregierung solle sich darüber hinaus gegen gravierende Menschenrechtsverletzungen aussprechen und demokratische Kräfte in der Region unterstützen. Die Bemühungen des neuen Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Umsetzung der maßgeblichen VN-Resolutionen sowie zur Wiederbelebung des regionalen Friedensprozesses seien ebenfalls zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3547 abzulehnen.

Berlin, den 7. März 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Joachim Hörster
Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Joachim Hörster, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Werner Hoyer, Dr. Norman Paech und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3547** in seiner 74. Sitzung am 15. Dezember 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP,

DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

III. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 7. März 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Joachim Hörster
Berichtersteller

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichtersteller

Dr. Werner Hoyer
Berichtersteller

Dr. Norman Paech
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin